Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 3,90 M., ins Haus geliefert 4,25 M., durch die Post bezogen ohne Abtrag 4,34 M., mit Abtrag 45 Pfg. mehr, zusammen 4,79 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 20 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 35 Pf. Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 50 Pfg., für Auswärtige 65 Pfg., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 2spaltige Petitzeile 1,50 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Beilagegebühr nach Vereinbarung.

48. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224.

Nr. 32. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Dienstag, den 16. März. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | 1920.

Zu den ereignisreichsten Tagen in der jetzigen schweren Zeit gesellte sich im politischen Leben als Tag erster Ordnung der letzte Sonnabend, diese brachte uns den

Sturz der bisherigen Regierung.

Berlin, 13. März. Das Wolffbüro meldet:

Von der Reichskanzlei ausgehende Kundgebungen teilen mit: Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die Staatsgewalt ist auf den Generallandschaftsdirektor Kapp als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber und als Reichswehrminister ist General von Lüttwitz berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat werde gebildet. Die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung werden aufgelöst. Die Kundgebungen sind von Kapp als Reichskanzler und Ministerpräsident und General von Lüttwitz unterzeichnet.

Berlin, 13. März. Der „Tag" meldet, die Regierung habe das von der Marinebrigade Ehrhardt gestellte Ultimatum, das früh 7 Uhr ablief, abgelehnt und Berlin, ohne ihre Aemter niederzulegen, im Automobil verlassen. Die Brigade Ehrhardt sei, ohne Widerstand zu finden, mit schwarz-weiß-roten Fahnen in Berlin eingerückt und habe das Regierungsviertel in weitem Umkreise abgesperrt. Die von der Marinebrigade Ehrhardt der Regierung gestellte Forderung lautet: Ersatz der Nichtfachminister durch Fachminister, Wiedereinsetzung des Generals von Lüttwitz in seine Kommandobefugnisse. Amnestie für alle in der Angelegenheit verhafteten Personen wie Hauptmann Pabst u. a. Vom Rücktritt Eberts als Präsidenten war keine Rede.

Der Einmarsch der Marinebrigade Ehrhardt in Berlin.

Berlin, 13. März, 12 Uhr mittags. Die „Schles. Ztg." berichtet: Heute morgen gegen 6 Uhr tauchte das Gerücht auf, daß Truppen aus Döberitz auf Berlin im Anmarsch seien. Zwar wollte der Stab der Sicherheitspolizei noch nichts davon wissen, jedoch erklärte das Reichswehrministerium sehr vielsagend, es könne vorläufig keine weiteren Mitteilungen machen. Ein Mitarbeiter des „Tag" wohnte auf der Charlottenburger Chaussee dem Anmarsch der zweiten Marinebrigade aus Wilhelmshaven, die zurzeit in Döberitz liegt, unter ihrem Kommandeur, Korvettenkapitän Ehrhardt bei. Auch Exzellenz von Lüttwitz hatte sich eingefunden. Die Brigade marschierte mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor und bezog in der Wilhelmstraße Biwak. Maschinengewehre wurden aufgestellt, sodann besetzten die Truppen die Regierungsgebäude in der Wilhelmstraße. Eine Kompagnie der Brigade rückte zum Reichswehrministerium in der Bendlerstraße und besetzte dieses. Schon um 6½ Uhr waren sämtliche Regierungsgebäude und das Kriegsministerium besetzt. In keinem Gebäude wurde irgend jemand gefunden, nur im Auswärtigen Amt befand sich die Frau des Reichsministers Koch mit ihren Kindern. In einer Unterredung mit dem Hauptmann von Puttkammer, der das 2. Bataillon der Marinebrigade kommandiert, erfuhr der Berichterstatter des „Tag", die zweite Marinebrigade habe der bisherigen Regierung mit aller Macht Ruhe und Ordnung schaffen wollen. Mit monarchistischen Bestrebungen habe der Anmarsch nichts zu tun. Der Stab der Brigade habe der Regierung ein Ultimatum gestellt, was diese aber abgelehnt habe. Darauf sei der Abmarsch nach Berlin erfolgt. Dies sei ohne Schuß gelungen. Die Sicherheitswehr und die Reichswehr hätten es abgelehnt, der Brigade entgegenzutreten. Die Regierung ist geflüchtet, sobald sie die Unhaltbarkeit ihrer Lage erkannte. Der Brigadestab begab sich sodann nach dem Reichswehrministerium, wo die Zusammensetzung der neuen Regierung beraten wurde.

Ein Augenzeuge erzählt dem Vertreter des „Tag" noch folgende Einzelheiten: Die Regierung sandte in der Nacht drei Generale zu der Brigade, um sie zur Umkehr zu bewegen. Die Generale kehrten zurück mit vielen Bedingungen, u. a. der Forderung nach Einsetzung von Fachministern und der Amnestie. Gegen 7 Uhr wurden die Reichsminister und die preußischen Minister zusammenberufen. Der Regierung standen nur 3000 Mann unsichere Berliner Garnisontruppen zur Verfügung, während die Brigade 5000 Mann stark und gut diszipliniert und bewaffnet war. Die Regierung lehnte die gestellten Bedingungen ab und entzog sich dem weiteren durch die Flucht. Ueber die Stimmung der Truppen der alten Regierung ist zu sagen, daß sie bereit waren, gegen jeden Putsch von links energisch anzukämpfen, daß sie dagegen nur unwillig oder auch gar nicht gegen Militär kämpfen wollen, das sie als ihre Kameraden betrachten.

Die neue Regierung.

Ueber die weitere Entwicklung der jetzt geschaffenen Lage entnehmen wir der „Schles. Ztg." folgendes:

Berlin, 13. März, 10 Uhr 30 Min. Die bisherige Regierung ist gestürzt. Ihre Mitglieder sind verschwunden. Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident ist Generallandschaftsdirektor Kapp, Kriegsminister General von Lüttwitz, Reichsfinanzminister ist Oberfinanzminister Bank, Wirtschaftsminister ist Abgeordneter Schiele (Naumburg). Die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung werden aufgelöst und nächstens Neuwahlen angeordnet. Die Baltikumtruppen und die Marinebrigade sind Sonnabend früh aus Döberitz in Berlin einmarschiert und haben keinen Widerstand gefunden. Man erwartet, daß die nächste Folge des Umsturzes ein Generalstreik der Arbeiter ist. Die Zwangswirtschaft wird aufgehoben.

Die Leitung der Reichskanzlei hat heute Dr. med. Schiele (Naumburg) übernommen. Wie wir hören, hält sich der frühere Polizeipräsident von Jagow in Berlin auf. Man nimmt an, daß er für einen der zu vergebenden Ministerposten in Frage kommt. Der gestern verhaftet gewesene Dr. Schnitzer ist heute wieder in Freiheit.

Die neue Regierung hat, wie es heißt, die in Berlin wohnenden Ententekommissionen davon verständigt, daß sie die Gewähr für ihre Sicherheit übernimmt. Infolgedessen ist anzunehmen, daß die Ententekommission Berlin nicht verlassen werden.

Die neue Regierung hat, wie verlautet, der Sicherheitspolizei den Befehl gegeben, den früheren Reichsfinanzminister Erzberger auf Grund des bestehenden Ausnahmezustandes zu verhaften. Erzberger soll aus Berlin abgereist sein.

In der Reichskanzlei war die alte Regierung auf den Gang der Dinge offenbar nicht vorbereitet. Der Kastellan, der geweckt wurde, war erstaunt, am frühen Morgen so zahlreiche Soldaten mit Maschinengewehren zu sehen. Er mußte die Tore öffnen, dann wurde die Telefonzentrale besetzt. Die Alten wurden beschlagnahmt. In der Reichskanzlei herrscht gegenwärtig ein unaufhörliches Kommen und Gehen. Zivilisten und Offiziere erscheinen, holen sich Befehle und verschwinden ebenso schnell wieder.

Die Brigade Ehrhard marschierte, wie bereits gesagt, gegen 6½ Uhr mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor im Parademarsch zu Generallandschaftsdirektor Kapp und General von Lüttwitz vorbei. Kapp begab sich von dort im Auto nach dem Reichskanzlerpalais und übernahm die Regierungsgeschäfte. Vom Reichskabinett war nur Reichsjustizminister Schiffer zurückgeblieben, der mit Kapp zusammentraf und sich alsbald von ihm verabschiedete. Sonst war nur noch der Chef der Reichskanzlei, Unterstaatssekretär Albert, zugegen. Aufklärende Kundgebungen sind in kürzester Zeit zu erwarten.

Berlin, 13. März. Der Reichskanzler gibt bekannt: Das Mandat der Nationalversammlung zum Erlaß einer Verfassung und zum Abschluß des Friedens ist erloschen. Es fehlt ihr jedes moralische Recht zur weiteren Tagung. Ihr Versuch, die Wahl hinauszuschieben und dadurch ihr Mandat eigenmächtig zu verlängern, widerspricht dem Volkswillen. Die eben beschlossene Verfassung wird willkürlich von ihr wie ein Fetzen Papier behandelt. Schon will die Mehrheit die Wahl des Reichspräsidenten nicht durch die Gesamtheit des Volkes, sondern durch das Parlament vornehmen. Die Nationalversammlung wird hiermit aufgelöst. Sowie die innere Ordnung wiederhergestellt ist, werden wir zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkehren.

Der Reichskanzler. Kapp.

Die Preußische Landesversammlung wird in Anbetracht der veränderten politischen Lage aufgelöst.

Der preußische Ministerpräsident. Kapp.

Wie verlautet, hat die zurückgetretene Regierung den Beschluß gefaßt, die deutsche Arbeiterschaft zum Generalstreik aufzurufen. Ueber diesen Beschluß ließ sich jedoch nähes unbedingt sicheres feststellen. Im Laufe des heutigen Vormittags sind weitere Truppen in Berlin eingerückt. Das Gebäude des „Vorwärts" ist von der Sicherheitswehr besetzt. In den Fabriken wurde bis zur Frühstücksstunde gearbeitet. Als die ersten Extrablätter eintrafen, erklärten die Arbeiter in vielen Betrieben am Montag mit dem Generalstreik zu beginnen. Die Vertrauensleute forderten die Arbeiter auf, sich nicht zu Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen und vorläufig von jeder Demonstration Abstand zu nehmen. Die Arbeiterviertel im Norden und Osten sind militärisch besetzt. Zu Ruhestörungen ist es auch dort nicht gekommen. Für die nächsten Tage wird ein Verbot erlassen, Versammlungen abzuhalten. Im Laufe des heutigen Tages sind Spandauer Gewehr- und Munitionsfabriken sowie die Reichs-

---

Die aus der Mühle.

Roman von Anny Wothe.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck verboten.

3. Fortsetzung.

Müssen wir erst ordentlich wieder ein bischen rausfüttern, ehe er wieder fort darf, nicht wahr, Ihr Rangen," wandte er sich an seine Töchter.

„Verseht sich," nickte Fritz, „kriegt alle Tage Mehlsuppe und Reisbrei, wie ein Baby, und süße Milch."

Alle lachten, nur Suse nicht, ihr war es unfaßbar, daß Schwester Fritz von solchen Dingen reden konnte und noch unfaßbarer, daß Onkel Reinhard hier bleiben wollte, um sich pflegen zu lassen. Ihr erschien er nur als ein Schatten, der ihr sonniges Liebesglück verdunkelte, ja, fast war es ihr, als sei der Onkel der Vernichter ihres Glückes. Sie hörte nicht, was Reinhard von seinen Reisen und Abenteuern in seltsam fesselnder Weise erzählte, sie bemerkte nicht seine glänzende Unterhaltungsgabe, nur wie ganz von fern klang zuweilen der senore Klang seiner Stimme an ihr Ohr. Erst als Oswald sie fragte: „Nun, Suse, wie geht es meiner reizenden Feindin Jutta von Degenhof?" riß es sie aus ihrem Sinnen empor und sie sagte scharf:

„Ich verstehe nicht, Oswald, wie Du Dich über die arme Jutta immer mokieren kannst, sie hat doch so gerade genug zu tragen.

„Sari, sari," entgegnete der junge, etwa dreißigjährige Arzt, der einzige Sohn aus einer ersten Ehe des Müllers, „ich sage Dir, daß die Jutta ein sentimentales Geschöpf ist, dem es gar nichts schadet, daß es ihr so miserabel geht."

„Wirst Du es glauben, Reinhard," wandte sich Oswald an seinen Onkel, „daß Fräulein von Degenhof aus reiner Gefühlsduselei Tage und Monate lang, ganze Nächte hindurch für Geld flickt, um ihrem Sausewind von Bruder Heinrich ein paar Groschen zustecken zu können, die er dann für ein Blumenbouquet, das er irgend einer Schönen schenkt, schnell wieder los zu werden bemüht ist."

„Fräulein von Degenhof," sagte Dr. Reinhard Lindner scharf, „war vor zehn Jahren, soviel ich mich erinnere, nicht so gefühlselig und wie ich glaube, materiell gesinnt."

„Da irrst Du, Onkel, — Du hast sie aber ja auch kaum gekannt — ich sage Dir, und ich weiß es genau, denn ich habe als Kind ja immer mit Jutta gespielt, sie ist eben solch' Trauerweide, wie die alte Gipskatze ihre Mutter kalt und hochnasig ist, und seitdem sie nun verarmt sind, ist es eher schlimmer als besser mit ihr geworden."

„Die Degenhofs sind verarmt?" rief Reinhard Lindner lebhaft aus, während es eigentümlich in seinen Augen aufleuchtete, doch nur für einen Moment, und er lauschte teilnahmsvoll des alten Lindners Bericht, der in seiner knappen, mit einigen Kraftausdrücken gewürzten Rede die Verarmung der Degenhofs und ihre jetzige Lage schilderte.

Suse war fast empört über ihren Vater, daß er so von ihren Freunden vor fremden Ohren sprach und entsetzt über Fritz, die mutwillig ihren Vater in seinen Schilderungen über die alte Baronin unterstützte und sie sehr drollig zum Amüsement aller Anwesenden kopierte.

„So ist Schloß Rodenborf jetzt ganz vereinsamt und steht leer?" fragte Reinhard interessiert, „wem gehört es jetzt?"

„Einem reichen Berliner Bankier," sagte Oswald gelangweilt. — „Was meinst Du, Karl," nahm Reinhard, wieder zu dem Müller gewandt, das Wort, „wenn ich es kaufen würde?"

„Du? Bruder," entgegnete der Müller erstaunt und erfreut, „das wäre ja herrlich, da behielten wir Dich doch hier, aber ich glaube, der Preis wird ein sehr hoher sein."

Reinhard nahm fast eine geringschätzige Miene an. „Für Schloß Rodenborf ist mir kein Preis zu hoch," sagte er mit glänzenden Augen, und bei sich setzte er hinzu: „Das wäre eine eklatante Rache für mein verlorenes Jugendglück."

Suse stand auf, sie konnte die Gegenwart des Onkels und der anderen nicht mehr ertragen, und dann wollte sie auch gern noch in ihrem Stübchen allein sein, bevor Schwester Fritz sich auch zur Ruhe begab. Sie klagte über Kopfschmerzen, die sie auch wirklich hatte und ging mit einem leise gesprochenen Gute Nacht, ohne Reinhard Lindner eines Blickes zu würdigen zur Tür hinaus.

„Was hat nur Suse?" rief Oswald, seine Hühnengestalt behaglich auf dem Sofa dehnend.

„Ach laß nur, mein Jung!" entgegnete der Alte, „der Racker ist böse, daß wir ihre Freundschaft ein bischen durchgehechelt, für die ich im Grunde genommen, fast so viel Interesse habe, als die Kleine selbst, aber wenn ich's an die große Glocke hänge, dann schmeichelt mir der Balg noch mein halbes Vermögen für die Degenhofs ab, und in der Beziehung, versteht Ihr, Kinder, lieb ich keinen Spaß."

„Weißt Du, Väterchen," sagte Fritz, einen ihrer Zöpfe dem Alten lachend um den Hals wickelnd, „wenn ich erst groß bin, dann heirate ich mir den Waldy, dann bekommt er all' mein Geld und kann seine Bouquets kaufen, ohne die Stickgroschen der armen Jutta, gelt, darf ich?"

„Daß Dich," rief der Müller halb lachend, halb drohend und zog sein blondes Kind fest an sich, während sich die jüngeren Männer in ein ernstes Gespräch über die Kongostaaten vertieften.

Suse war inzwischen in ihr Giebelstübchen, das zierlich mit maitrofa Möbelkattun ausgestattet war, auf welchem der Vollmond sein Silberlicht malte, getreten, träumend lehnte sie am Fenster. Wie strahlend, jubelnd, war sie in die Mühle gekommen, den Himmel im Herzen, und nun erschien ihr alles fahl und grau und nur darum, weil der Onkel, nein der fremde Mann gekommen, den sie haßte, haßte, bis in alle Zwigkeit. Es fiel ihr nicht ein, daran zurückzudenken, daß Onkel Reinhard es war, der ihr einst die schönsten Sagen und Märchen erzählt, auf dessen Knieen sie gesessen, bis der Sandmann ihre strahlenden Blau-Augen schloß, sie sah nur in dem Onkel denjenigen, der verhindert hatte, daß sie dem Vater ihr übervolles Herz ausgeschüttet.

Gueses Blick fiel auf den Weg nach Rodenborf. Dort wollte er, dem jeder Gedanke ihres jungen Herzens galt und dort nicht weit von dem Häuschen der Degenhofs, da lag auch der Kirchhof, auf dem ihr so früh gestorbenes Mütterlein schlummerte. Fast war es ihr, als hörte sie die Sichen, die über der Mutter Grab sich neigten, leise zu ihr rauschen:

werke Spandau durch starke Abteilungen der Sicherheitswehr besetzt worden. In den Betrieben herrscht vorläufig noch Ruhe. Die Druckereien der linksstehenden Zeitungen wie „Rote Fahne", „Freiheit" usw. sind durch Reichswehr besetzt. Druckarbeit und Herstellung von Aufrufen und Flugblättern ist bis auf weiteres verboten. Polizeipräsident Ernst ist heute vormittag zum Dienst erschienen. Der Chef der Sicherheitspolizei forderte ihn im Auftrage der neuen Regierung auf, den Dienst weiter zu versehen.

Berlin, 13. März, nachm. 2 Uhr. Heute vormittag um 11 Uhr fanden im großen Sitzungssaale in der Reichskanzlei Besprechungen zwischen der neuen Regierung und den Ententekommissionen statt. Es nahmen daran teil Vertreter der englischen, französischen und der italienischen Mission. Bis Montag lag noch kein Ergebnis vor.

Die neue Regierung beabsichtigt, einen Aufruf zu erlassen, daß sie nicht die Wiederherstellung der Monarchie plane, sondern die Heranziehung aller Volksschichten, auch der Mehrheitssozialisten, zur Regierung bezweckt. Das Kultusministerium soll dem Deutschnationalen Abgeordneten Dr. Traub anvertraut werden. Die Leitung der Reichskanzlei, die vorübergehend Dr. Schiele versehen hat, geht an den früheren Rechtsanwalt Dr. Bredereck. Dr. Schiele soll das Wirtschafts- und Finanzministerium übernehmen. Die neue Regierung beabsichtigt, über das ganze Reich ausschließlich Süddeutschland den Ausnahmezustand zu verhängen.

In den ersten Nachmittagsstunden hören wir, daß am frühen Morgen des heutigen Tages die vergangene Regierung an den Leiter eines halbamtlichen Blattes mit der Aufforderung herangetreten ist, Flugblätter zu drucken, die zum Generalstreik auffordern sollten. Hierdurch wird die vorhin von uns übermittelte Nachricht über den letzten Beschluß der vergangenen Regierung, einen Generalstreik hervorzurufen, bestätigt. Der Leiter des halbamtlichen Blattes hat jedoch das Ansinnen abgelehnt.

*

Berlin, 13. März. Die heute früh zu einer Pressekonferenz eingeladenen Zeitungsvertreter wurden von Rechtsanwalt Bredereck empfangen und über die Bedeutung der bekannten Vorfälle dahin unterrichtet, daß die alte Regierung nicht mehr da sei und eine neue Regierung an ihre Stelle trete. Generallandschaftsdirektor Kapp habe heute morgen noch mit dem Vizepräsidenten Schiffer eine Besprechung gehabt. Die neue Regierung sei nicht reaktionär, sondern eine Regierung der verfassungsmäßigen freiheitlichen Tat, die keinerlei Reaktion und keine Monarchie wolle. Ein Uebergangsstadium sei natürlich notwendig bis Neuwahlen eingeleitet seien. Das Kabinett sei in Bildung begriffen.

Die Stimmung in Berlin.

Wie der „Schles. Ztg." mitgeteilt wird, ist das Erscheinen der Abendblätter in Berlin verboten. Telephon und Telegraph arbeiten normal. In den Straßen herrscht das gewöhnliche Bild, auch im Zentrum der Stadt. Straßenbahn, Fuhrwerke, Automobile verkehren unbehindert. Indessen ist die Wilhelmstraße abgesperrt.

Zurzeit wird noch in den großen Betrieben Berlins gearbeitet. Für 1 Uhr nachmittags sind Betriebsversammlungen anberaumt. Wie wir von den Direktionen einiger Betriebe erfahren, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Arbeiterschaft den Generalstreik verkünden wird.

Die Reichskanzlei ist heute vormittag durch Truppen vollständig abgesperrt. Der Verkehr durch die Wilhelmstraße ist nur auf Grund von Ausweisen der neuen Regierung gestattet. Der Fuhrwerksverkehr durch die Straße ist gesperrt. Am Leipziger Platz sammeln sich große Menschenmengen an, welche die Ereignisse lebhaft besprachen. Das Publikum nahm zum Teil das Anrücken der Truppen sympathisch auf und versorgte die Mannschaften mit Lebensmitteln und Rauchzeug.

Die Truppen versicherten, daß sie den Befehl erhalten hätten, nur dann zu schießen, wenn sie angegriffen würden. Offiziere betonten, sie seien hierher gekommen, um den unmöglichen Zuständen ein Ende zu machen. Gerüchte, daß Unter den Linden Feuergefechte sich abspielen, bestätigen sich nicht.

Zum Wirtschaftsmanifest der Verbandsmächte.

In der kritischen Zeit der durch den Weltkrieg und durch den unerfüllbaren Friedensvertrag herbeigeführten unerträglichen wirtschaftlichen und finanziellen Zustände Europas ist das Wirtschaftsmanifest der Verbandsmächte als die bedeutsamste Kundgebung einzuschätzen, denn sie beweist, daß die führenden Männer der Verbandsmächte auf der Londoner Konferenz für eine europäische Zusammenarbeit zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens eingetreten sind. Erkennen muß man aber auch, daß sie diesen bedeutsamen Schritt nicht etwa nur Deutschlands wegen getan haben, sondern man hat auf der Konferenz in London begriffen, daß das gesamte europäische Wirtschaftsleben zusammenhängt und deshalb als ein Großes und Ganzes wiederaufgerichtet werden muß, und daß daraus weiter die Folgerung gezogen werden muß, daß auch Deutschland wirtschaftlich und finanziell gestützt und wieder aufgerichtet werden muß, weil Deutschland trotz des verlorenen Krieges eine Hauptarbeitsstätte für die europäische Kulturarbeit ist. Elende französische Furcht vor Deutschland und erbärmliche französische Rachsucht wollen nun allerdings den Bestrebungen der Londoner Konferenz im Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufrichtung Deutschlands Daumenschrauben legen, aber die Herren Franzosen werden damit nicht viel Glück haben, denn neben den Engländern treten auch die Italiener und vor allen Dingen auch die neutralen Staaten dafür ein, daß Deutschland bis zu einem gewissen Grade geholfen werden muß und zwar in erster Linie durch eine internationale Anleihe zugunsten der Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen für Deutschland. Mit einer halben Sache ist übrigens in dieser Lebensfrage für Europa und Deutschland auch nichts getan, und man wird sich schon zu großen Taten nach dem Wirtschaftsmanifeste entschließen müssen, wenn überhaupt diese ganze Bewegung zu einem vernünftigen Ziele führen soll. Sehr bedeutsam muß im allgemeinen die Konzession an Deutschland erscheinen, das eine viel längere Frist als die im Friedensvertrage vorgesehene erhalten soll, um die Gesamtsumme der Entschädigung vorzuschlagen und überhaupt seine Kriegsschadenersatzverpflichtungen abzutragen. Die Gesamtsumme der Entschädigungen soll sich auch nach der Leistungsfähigkeit Deutschlands richten. Ein genauer amtlicher Wortlaut über das Londoner Wirtschaftsmanifest liegt nun allerdings noch nicht vor, aber, wie die sehr angesehene Pariser Zeitung „Temps" meldet, besteht das Wirtschaftsmanifest aus fünf wesentlichen Punkten: 1. Einleitende Bemerkungen über die allgemeine Wirtschaftslage und Valutaverhältnisse; 2. Hinweis auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete sowie des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Deutschlands und Oesterreichs; 3. Bedingungen für die Wiederherstellungen des Wirtschaftslebens in Europa und Vorschläge für die Sanierung der Finanzgebarung in den verschiedenen Ländern; 4. Positive Maßnahmen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete; 5. Festsetzung der Frist für die Bemessung der von Deutschland zu entrichtenden Entschädigungssumme und positive Maßnahmen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und Oesterreichs. Das Wirtschaftsmanifest fordert ferner zur Verbesserung der Valutaverhältnisse auch wieder die Herstellung der kaufmännischen Kredite von Land zu Land.

Deutsche Waffenlager.

Angebliche Verletzungen des Friedensvertrages.

Wtb. **Berlin**, 12. März. Nach Pressemeldungen hat der französische Ministerpräsident Millerand jüngst in einer Sitzung der vereinigten französischen Kammerausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für das Heereswesen behauptet, daß Deutschland die militärischen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages verletzte, indem es Waffen verborgen halte, in seinen Festungen mehr Geschütze als zulässig unterbringe und die vertragsmäßige Zerstörung von Kriegsmaterial durch die Verbündeten in zahlreichen Fällen durch das Vorgehen hintertreibe. Diese Zerstörungen von Kriegsmaterial seien bereits früher von ihnen selber vorgenommen worden. Im Anschluß hieran hat der französische Ministerpräsident die Drohungen ausgestoßen, die bereits aus seiner Kohlennote bekannt waren und außer wirtschaftlichen und finanziellen Repressalien Unterbrechung der Räumungsfristen und Wiederbesetzung bereits geräumter Gebiete in Aussicht gestellt.

Hierzu wird von zuverlässiger Seite geschrieben: Deutschland denkt nicht daran, irgendwelche geheimen Waffenlager zu unterhalten. Alle Vorgänge spielen sich vor Augen der Verbandskommissionen ab, die mit zahlreichen Unterkommissionen das ganze Reich überschwemmt haben. Sämtliche in den Händen der Armee und des Reichsschutzministeriums befindlichen Waffen werden vielmehr den zuständigen Verbandsausschüssen pflichtgetreu angezeigt. Wenn während der Revolution und der Unruhen des letzten Jahres vereinzelt Waffen in die Hände von Unbefugten geraten sind und von ihnen verborgen gehalten werden, so entziehen sich diese Mengen naturgemäß der Kenntnis und Verantwortung der deutschen Regierung. Werden aber solche versteckten Waffenlager entdeckt, so werden sie sofort beschlagnahmt und dann wie die amtlichen behandelt.

Was ferner den Vorwurf des französischen Ministerpräsidenten anlangt, Deutschland bringe in den ihm verbliebenen Festungen eine unzulässig große Anzahl von Geschützen unter, so ist er unverständlich, da gemäß Artikel 167 des Vertrages Deutschland die von ihm beabsichtigten Bestückungen dem interalliierten Ueberwachungsausschuß pflichtgemäß angezeigt hat. Alle überzähligen Geschütze werden nach Anordnung des Verbandes unbrauchbar gemacht werden.

Wenn endlich der französische Ministerpräsident glaubt, Beschwerde darüber führen zu müssen, daß Deutschland eigenmächtig Kriegsmaterial zerstört habe, so ist ihm folgendes entgegenzuhalten: der Sinn des in Frage kommenden Artikels 169 des Vertrages kann für jeden billig Denkenden nur darin gesucht werden, daß das überzählige Kriegsgerät Deutschlands so schnell und gründlich wie möglich zerstört wird und zwar auf deutschem Gebiet; denn es wird darin ausdrücklich festgelegt, daß die Auslieferung dieses Gerätes an die Verbandsmächte zur Zerstörung auf deutschem Gebiet erfolgen soll.

Wenn also Deutschland schon seit Abschluß des Waffenstillstandes, also noch Inkrafttreten der betreffenden Vertragsbestimmungen, mit dem Zerschrotten von Kriegsmaterial begonnen hat, so hat es damit gerade im Sinne dieses Artikels gehandelt und gleichzeitig ein dringendes wirtschaftliches Gebot erfüllt, denn ohne das aus diesen Zerschrottungen gewonnene Rohmaterial wären zahlreiche deutsche Fabriken zu vorzeitigem Erliegen gebracht und Tausende von deutschen Arbeitern brotlos geworden. Die Folgen dieses Zustandes liegen auf der Hand.

Kundgebungen aus Berlin.

Berlin, 13. März. Die Reichszentralstelle für Einwohnerwehren erläßt folgenden Aufruf:

„An die Einwohnerwehren Deutschlands.

Die Wiederherstellung der ordnungsmäßigen Regierung stellt die deutschen Einwohnerwehren vor neue schwerste Aufgaben. Jetzt muß es sich erweisen, ob die Einwohnerwehren die Hoffnung Deutschlands erfüllen und unter allen Umständen die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Gegründet zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz des niedergebrochenen Vaterlandes stellen sie sich mit ganzer Kraft hinter den Wehrheitswillen des deutschen Volkes. Eine neue Regierung der Arbeit hat nach der Flucht der Reichsregierung die Geschicke Deutschlands einstweilen in die Hand genommen, alle Parteien zur Mitarbeit aufgefordert und sich verpflichtet, Neuwahlen anzuberaumen. Bis zur Entscheidung des Volkes bewaffnen sich sämtliche Einwohnerwehren zum Schutze von Heim und Herd gegen Unruh stiftender Verbrechertum. Die Stunde fordert von jedem Deutschen, welcher Partei er auch angehöre, in treuer Pflichterfüllung für die Verhinderung des Bürgerkrieges sich einzusetzen."

An die Truppen des VI. Armeekorps.

An die Truppen des VI. Armeekorps ist der nachstehende Befehl ergangen:

Kameraden!

Nicht eine Gegenrevolution, nicht einen Bruch der Verfassung stellen die jüngsten Ereignisse dar, denn nichts wird an der Verfassung geändert.

Sie bezwecken im Gegenteil eine völlige Durchführung der Verfassung, nämlich die baldigen Wahlen zum Reichstag, wie sie durch die Verfassung vorgesehen sind, ferner den Ersatz solcher Mitglieder der alten Regierung, die sich als Nichtfachmänner ihrer Stellung nicht gewachsen gezeigt haben; sie bezwecken eine Reinigung unseres öffentlichen Lebens von Schieber- und Betrügertum und eine Rückkehr zu ehrlicher Arbeit, zu deutschem Fleiß, deutscher Treue und deutscher Wahrhaftigkeit.

Es ist eine bewußte Lüge, daß es sich um eine reaktionäre oder monarchistische Bewegung handeln soll.

Lediglich der Willen des Volkes, der durch den von ihm gewählten Reichstag sprechen wird, soll entscheidend sein.

Ebenso unwahr ist, daß sich die Bewegung gegen die Arbeiter richtet. Ganz im Gegenteil wird die neue Regierung sich in gleicher Weise auf die Arbeiter stützen und alle Kreise des Volkes zur Mitarbeit auffordern, denen an der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes gelegen ist. Alle verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten werden ausdrücklich von der neuen Regierung garantiert. Lediglich zur Durchführung der Verfassung und zum Wohl unseres geliebten Vaterlandes haben sich die Truppen hinter die neue Regierung gestellt.

Der Kommandierende General.
Graf von Schmettow, Generalleutnant.

Berlin, 13. März. Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener verbreitet folgende Kundgebung:

Die Vertreter der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener aus allen Teilen Deutschlands halten es für ihre heilige Pflicht, in dem Augenblick, wo das Wohl und Wehe unserer Heimat und das Zusammenarbeiten aller der Abstimmung unterworfenen deutschen Landesteile auf dem Spiel steht, zu den heutigen Ereignissen in Berlin Stellung zu nehmen. Wir ehemaligen Kriegsgefangenen haben in jahrelanger Gefangenschaft gelernt, zusammenzustehen. Wir sind mit dem festen Willen heimgekehrt, in friedlicher Zusammenarbeit unsere Heimat wiederaufzubauen und haben den gleichen Geist zu Hause erhofft. Wir erwarten von allen Parteien die Aussprache des Volkes auf parlamentarischem Wege. Wir wollen wie bisher, so auch heute, keine Gewaltakte, wollen Recht, Ruhe und Arbeit.

Die Absichten der neuen Regierung.

Proklamation.

1. Um Irrtümer auszuschließen und in böswilliger Absicht verbreiteten Gerüchten entgegenzutreten, erkläre ich feierlich, daß sofort nach Wiederherstellung der Ordnung das dem Volke von der bisherigen Regierung vorenthaltene Recht, sein Schicksal durch Neuwahlen selbst zu bestimmen, in vollem Umfange gewahrt wird. Sobald Ruhe im Lande ist, erfolgt die Ausschreibung der Wahlen zum Reichstage.

2. Die Regierung beabsichtigt keine politisch einschneidenden Notverordnungen, soweit solche nicht erforderlich sind: a) zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des wirtschaftlichen Lebens, b) gegen wucherische Ausbeutung des Volkes, c) zur Beseitigung der Korruption.

3. Die Regierung wird alle lebenswichtigen Betriebe und alle Arbeitswilligen schützen, Widerstand aber mit voller Entschlossenheit unterdrücken.

Berlin, den 14 März 1920.
Der Reichskanzler. Kapp.

Die Entente und die neue Regierung.

Halbamtlich wird aus Berlin gemeldet:

Da die Verhandlungen mit der Entente ein überraschendes Ergebnis heute erzielt haben, wird nochmals darauf hingewiesen, daß irgend eine Kränkung aller Ententemitglieder nach wie vor unbedingt vermieden werden muß.

Nach einer „Matin"-Meldung aus London ist man in diplomatischen Kreisen der Ansicht, daß eine Intervention der Alliierten in die inneren Angelegenheiten Deutschlands nur in Frage käme, wenn die neue Regierung sich weigern würde, sich an die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles zu halten.

Die Neuwahlen.

Berlin, 14 März. Gutem Vernehmen nach ist infolge eines Schrittes der Rechtsparteien von maßgebender Seite beabsichtigt, die Wahlen zum Reichstag innerhalb der nächsten 60 Tage vornehmen zu lassen.

Ostpreußen für die neue Regierung.

In Ostpreußen ist am Sonnabend abend folgende Bekanntmachung veröffentlicht worden:

Königsberg, den 13. März.

Die Umbildung der Regierung ist bisher ohne Blutvergießen verlaufen. In Berlin und in ganz Preußen herrscht Ruhe. Das Volk hat sich mit der Neubildung der Regierungsgewalt abgefunden. Damit ist eine neue Tatsache geschaffen worden, die auch unsere Provinz Ostpreußen zur Stellungnahme zwingt. Wir Ostpreußen, rings von feindlichen Nachbarn umgeben, müssen jede Entwickelung begrüßen, die unserer Provinz Ruhe und Schaffensmöglichkeit verbürgt. Die neue Regierung verspricht, unter Ablehnung jeder Reaktion, freiheitliche Fortbildung des Verfassungslebens. Sie will, gestützt auf die Arbeiterschaft, mit Nachdruck für den Wiederaufbau der Wirtschaft eintreten und der internationalen Lage durch Erfüllung des Friedensvertrages gerecht werden. Gestützt auf diese Erklärung und von dem Bestreben geleitet, Ordnung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, erkennen wir die neue Regierung als die Inhaberin der tatsächlichen Macht an und werden sie in der Durchführung ihres bekanntgegebenen Programms unterstützen.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen:
Winnig.
Der Befehlshaber des Wehrkreises 1:
von Estorff, Generalleutnant.

„Das Glück ist die Liebe,
Die Lieb' ist das Glück."

Unwillkürlich faltete sie die Hände wie zum Gebet und die Blauaugen schimmerten in Tränen. — „Daß sich Gott erbarm, Kind, was hast Du mich erschreckt", tönte plötzlich eine rauhe Stimme von der geöffneten Tür zu Suse herüber. „Was in aller Welt hast Du denn da im Dustern zu stehen und den Mond anzubeten. Junge Mädchen gehören ins Bett, verstanden, Suse?" — „Sei doch nicht gleich so böse, Rike", sagte Suse, der alten langjährigen Diene in des Hauses, die schon Oswald gepflegt und großgezogen hatte, bittend die Hand entgegenstreckend. — „Was, auch noch weinen? Na, das wäre was, marsch, Kleine, ins Nest." Und wie einst, als Suse noch ein Kind war, begann sie, ihre junge Herrin auszukleiden und, ehe Suse noch recht zur Besinnung kam, ruhte sie schon in dem weichen, schneeigen Flaum ihres Lagers und Rikes große, harte, aber so wundervoll kühle Hand, lag beruhigend auf Sueses schmerzendes Stirn. — „Schlaf, mein Liebling", sagte Rike leise. Wie weich und einschmeichelnd diese harte, sonst unbiegsame Stimme klingen konnte. Suse schloß gehorsam die Augen. Eine ganze Weile saß Rike still, daß eckige Haupt mit der großen, weißen, steifgestärkten Haube über das Lager ihres Lieblings gebeugt und war gerade geneigt zu glauben, Suse schlafe bereits, da kam es leise wie im Traum von den Lippen des Mädchens: „Sag, Rike, hast Du je geliebt?" Die Alte erschrak und blickte angsthaft forschend in Sueses Gesicht. Was sollte die Frage? „Antworte Rike, die Wahrheit, kannst Du die Liebe?" Rike schwieg und strich mit den alten, knöchernen Händen wie verlegen über ihre Schürze. „Weißt Du, Kind," sagte sie zögernd, „bei unser Einem ist das mit der Liebe anders als bei Euch Reichen und Vornehmen." „Kennst Du die Liebe, Rike?" Die Alte nickte gedankenvoll. „Was brachte sie Dir", fragte das junge Mädchen fast angstvoll. „Was sollte sie mir bringen Kind? Glück war's nicht, weißt Du — aber das Leid, das Leid, das hockte dabei." „Just um dieselbe Zeit, als die ersten Veilchen blühten und der Flieder die ersten Knospen trieb, da ging's auch bei mir an und als der Flieder verblüht — die roten Röslein draußen am Heidewege verblaßt, da war's vorbei für immer." Suse nickte, „arme Rike!" sagte sie teilnahmsvoll und streichelte zärtlich die runzelige Hand der Alten. „Ach was, laß das Bedauern", entgegnete Rike grob, wohl nur um ihre eigene Rührung zu verbergen, „schlaf jetzt, ich will Dir noch zum Schluß ein ant' Sprüchlein sagen. Es heißt:

„Wem nie von Liebe Leid geschah,
Geschah von Lieb' auch Liebe nie."

„Gute Nacht, Suschen." Gute Nacht, Rike." Die Tür fiel ins Schloß. Suse lag, die Hände über den blonden Kopf gefaltet, in den weichen Kissen und sann und sann. (Fortsetzung folgt.)

Die neue Regierung in Breslau.

Breslau, 14. März. Der Kommandierende General des 6. A.-K., von Friedeburg, ist, da er eingesehen hat, daß Truppen und Offiziere die politische Lage anders beurteilen, als es durch den gestrigen Beschluß auf dem Rathause geschehen ist und auf den Boden der neuen Regierung sich stellen, und daher sein Verbleiben als Kommandierender General unmöglich ist, zurückgetreten. Das Generalkommando hat Generalleutnant Graf Schmettow übernommen. Zum Oberpräsidenten ist Herr von Kessel (Ober-Glaucha) ernannt worden. Die „Volkswacht", die „Arbeiterzeitung" und „Die freie Meinung" sind verboten. Etwa 20 Personen, darunter Oberpräsident Philipp, und die Führer der Unabhängigen und Kommunisten, sind in Schutzhaft genommen worden.

Etwa gleichzeitig erschienen an den Anschlagsäulen zwei rote Plakate mit dem von dem neuen Kommandierenden General und dem Oberpräsidenten von Kessel unterzeichneten Aufruf an die Schlesier und der Anordnung des Militärbefehlshabers. Im weiteren Verlauf des Tages wurde noch der nachstehende Aufruf veröffentlicht:

Schlesier!

Die alte Regierung ist auch in Breslau zusammengebrochen. Die Ruhe und Ordnung sind bisher nirgends gestört worden. Ich gebe der Zuversicht Ausdruck, daß die Bevölkerung auch weiter die Besonnenheit wahren wird. Zugleich wiederhole ich, daß dem Volke keine Regierungsform aufgedrängt werden soll, die seinen Wünschen nicht entspricht. Seine zu wählende Vertretung wird frei über unseres Vaterlandes Zukunft entscheiden.

Für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln wird gesorgt werden. Die Zwangswirtschaft bleibt bis auf weiteres bestehen. Der Schlesische Landbund hat sich mit seiner ganzen Organisation für die Beschaffung von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt.

Ueber die Lage im Reiche wird aus Berlin folgendes gemeldet:

Es herrscht überall Ordnung. Die Bevölkerung hat den Wechsel in der Regierung teils mit Befriedigung zum mindesten aber mit völliger Ruhe aufgenommen.

Die alte Regierung hat Dresden fluchtweise verlassen, nachdem das Märkische Korps sich für die neue Regierung erklärt hatte.

Die alsbald eingeleiteten Verhandlungen mit der Entente nehmen einen vielversprechenden Verlauf. Den Heeresangehörigen, ebenso wie der Zivilbevölkerung wird ein höfliches und ruhiges Verhalten allen Vertretern der Entente gegenüber zur Pflicht gemacht.

Der Oberpräsident.
von Kessel.

Mahnung an die Landwirte.

Berlin, 14. März. Reichskanzler Kapp erläßt einen Aufruf an die deutschen Landwirte, in dem er die Erwartung ausspricht, daß die deutschen Landwirte die äußersten Anstrengungen machen, friedliche und arbeitswillige Stadtbevölkerungen überall voll zu beliefern, wo eine irregeleitete städtische Bevölkerung sie nicht selbst daran hindert.

Aufruf der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 13. März. Die Deutsche Volkspartei erläßt folgenden Aufruf: Die bisherige Regierung hat es nicht verstanden, das Vertrauen der Mehrheit des Volkes sich zu erwerben. Sie hat sich jedem Streben nach Neubildung einer Regierung auf verfassungsmäßigem Wege durch Vornahme von Neuwahlen widersetzt und sie hat darüber hinaus den Bruch der bisherigen Reichsverfassung zur Sichrung ihrer Parteiwacht erstrebt. Dadurch trägt sie die Verantwortung, daß der Weg der organischen Fortentwickelung, zu dem wir uns bekennen, durchbrochen worden ist. Nunmehr hat sich eine neue Regierung gebildet. Alle diejenigen, denen daran gelegen ist, daß der Wiederaufbau unseres Vaterlandes sich in ruhiger, ordnungsmäßiger Weise vollzieht, müssen sich jetzt in der Forderung zusammenfinden, daß die neue Regierung zunächst Bürgschaften gibt für die Sicherung der Ordnung, des Eigentums und der Freiheit der Arbeit. Die liberalen Grundsätze der Deutschen Volkspartei bleiben durch die Umwälzung unberührt. Daher fordern wir die schnelle Ueberleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige. Wir erwarten von der Regierung, daß sie unverzüglich neue Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften auf der Grundlage des bisherigen freiheitlichen Wahlrechts herbeiführt und dadurch die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung sicherstellt, zu der alle Parteien herangezogen werden sollen, denen es Ernst ist mit der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft und mit der Wahrung der nationalen Würde. Bis dahin müssen wir es uns zur Pflicht machen, durch ein Zusammenwirken als Deutsche uns davor zu bewahren, daß innerer Kampf den Zusammenbruch unserer politischen und wirtschaftlichen Lage herbeiführt.

Amerika und der Völkerbund. — Politisches Programm der Vereinigten Staaten.

Haag, 13. März. Der Haager „Nieuwe Courant" meldet aus Washington: Wie verlautet, bleibt die ausländische Politik der Vereinigten Staaten während der restlichen Amtszeit des Präsidenten darauf bestehen, daß Amerika bis zur Wahl des neuen Präsidenten dem Völkerbund nicht beitritt. Ferner wird vermutet, daß der neue Staatssekretär Colby das folgende politische Programm vertritt: 1. Anerkennung der Räteregierung in Rußland, sowie Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Rußland; 2. Regelung der Adriafrage im Sinne Wilsons; 3. Vertreibung der Türken aus Konstantinopel und Internationalisierung Konstantinopels und der Dardanellen; 4. Für den Fall des Beitritts zum Völkerbund Anerkennung der von den Gesellschaften des Bundes getroffenen Vereinbarungen durch den Präsidenten.

Räterußland und Deutschland.

Kopenhagen, 12 März. „Berlingske Tidende" meldet aus Kowno: Ein russisches Flugzeug wurde gestern in der Nähe von Kowno zum Landen gebracht. In dem Flugzeug befanden sich vier Personen, darunter eine Frau, sowie eine umfangreiche Kurierpost, die „für die deutsche Regierung" bestimmt war. Die männlichen Reisenden waren von Joffe und Tschitscherin mit Vollmachten ausgestattet, weitgehende Handelsverträge mit Deutschland abzuschließen.

Nachrichten

überwittelt von Wolff's Telegraphen-Büro.

Zur neugeschaffenen Lage.

WTB. Berlin, 14 März. Eine Verordnung des Militäroberbefehlshabers bedroht mit Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis Arbeitsniederlegung oder Arbeitsverweigerung in volkswirtschaftlichen Betrieben Solche Betriebe sind: Bergwerke, Eisenbahnen, elektrische Bahnen, Hoch- und Untergrundbahnen, die Schiffe. das Transportgewerbe, Post-, Fernsprech- und Telegraphendienst, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, die landwirtschaftlichen und ihre Nebenbetriebe, die der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln dienenden Betriebe. Beschädigungen oder Zerstörungen volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe werden mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren bestraft. Zur Aburteilung der Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sind die außerordentlichen Kriegsgerichte zuständig.

WTB. München, 14. März. Der Staatskommissar für München gibt bekannt: Im Einverständnis mit dem Regierungskommissar wird das Reichswehrgruppenkommando 4 über diejenigen Münchener Zeitungen das Verbot verhängen, die zum gewaltsamen Vorgehen gegen den bayerischen Landtag, die bayerische Regierung und die staatlichen Sicherheitseinrichtungen auffordern.

WTB. München, 14. März. Amtlich. Das bayerische Gesamtministerium ist gemäß heute abend gefaßten Ministerratsbeschluß zurückgetreten. Der bayerische Landtag tritt Dienstag, den 16. d. Mts. zusammen und wird sich mit der Bestellung des neuen Ministeriums befassen. Bis zur Neubildung der Regierung führen die bisherigen Minister entsprechend der Verfassung ihre Aemter weiter. Die Geschäfte des Ministerpräsidenten werden von dem verfassungsgemäß bestellten Vertreter, dem Landwirtschaftsminister Freiherrn von Freyberg, die Geschäfte des Ministers des Aeußern und für Unterricht und Kultur vom Staatssekretär Senger wahrgenommen. Die Regierung wird mit allen Kräften für Ruhe und Sicherheit und ungestörte Fortführung der Lebensmittelversorgung eintreten.

WTB. Schwerin, 14. März. Bekanntmachung. Auf Weisung der Reichsregierung ist die Staatsregierung von Mecklenburg-Schwerin zum Rücktritt veranlaßt worden, weil durch ihr Verhalten keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gegeben ist. Mit der Bildung einer vorläufigen Regierung ist der Amtsverwalter Dr. Sendhausen beauftragt. Der Militärbefehlshaber. gez. von Lettow Vorbeck Generalmajor.

WTB. Schwerin, 14. März. Die Stadt selbst ist ruhig. Die öffentlichen Gebäude, Schloß und Regierung sind militärisch besetzt. Die Sicherheitswehr macht Schwierigkeiten jedoch bleibt die neue Regierung Herr der Lage. Die Reichswehr stellt sich geschlossen hinter die neue Regierung. Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk streiken, jedoch ist in den Abendstunden durch die technische Nothilfe das Elektrizitätswerk wieder in Betrieb gesetzt worden. Gas- und Wasserwerk werden folgen. Die lebenswichtigen Betriebe werden ihre Arbeit fortsetzen.

WTB. Schwerin, 14. März. Von der Reichsregierung ist anstelle des Ministers Stelling Dr. Sendhausen zum Regierungskommissar in Mecklenburg-Schwerin ernannt worden.

WTB. Dresden, 14. März. Die Regierung Ebert—Bauer hat sich nach Stuttgart begeben, um beim Zusammentritt der Nationalversammlung zugegen zu sein.

WTB. Kiel, 14 März. Hier ist es zu blutigen Unruhen gekommen. Die Arbeiter der Schiffswerften haben sich bewaffnet und der Reichs- und Sicherheitswehr Widerstand geleistet. Verluste an Toten und Verwundeten sind gemeldet. Kiel befindet sich in der Hand der Reichs- und Sicherheitswehr. In Hamburg ist die Lage ungeklärt.

WTB. Kiel, 14. März. Die in Kiel liegenden Marineteile haben sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt

WTB. Flensburg, 14. März. Bis gegen 10 Uhr abends lagen aus der zweiten Zone aus etwa 80 Orten die Wahlergebnisse vor. Es haben von diesen 80 Orten 85% deutsche und 15% dänische Mehrheiten erhalten.

WTB. Paris, 14. März. Nach einem Washingtoner Telegramm des „Journal" wird Senator Mac. Goßmick infolge der Nachrichten über die Vorgänge in Deutschland im Senat eine Resolution einbringen, die erklärt, daß die Vereinigten Staaten niemals einen unberechtigten Angriff auf Frankreich dulden würden. Die Resolution weist die Behauptung Wilsons, das Frankreich durch eine Kriegspartei beherrscht werde, als unrichtig zurück.

WTB. Paris, 14. März. Havas. Die Botschafterkonferenz trat gestern im Ministerium des Aeußern zusammen. Marschall Foch wohnte der Sitzung bei. Es wurde ein Bericht verlesen über eine Reihe feindseliger Handlungen, die von Deutschland gegenüber Mitgliedern der alliierten Missionen begangen wurden. Millerand machte den Vorschlag, von der deutschen Regierung energische Genugtuung und Garantien gegen die Wiederholung derartiger Zwischenfälle zu verlangen. Diese Frage wurde der Prüfung der alliierten Regierungen unterbreitet.

WTB. Berlin 14. März. Berlin war den Tag über ruhig. Nennenswerte Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Straßenbahn verkehrte überhaupt nicht, die Hochbahn seit Mittag streckenweise.

WTB. München, 14. März. Die sozialistische bayerische Regierung ist zurückgetreten. Eine bürgerliche Regierung ist in Bildung begriffen.

WTB. München, 14. März Heute nachmittag kam es zu Ansammlungen, besonders vor dem Justizpalast, die aber von der Schutzmannschaft, der Polizeiwehr und der Sicherheitswehr nicht geduldet wurden. Die gewerkschaftlichen und die drei sozialdemokratischen Parteien haben vormittags im Zirkus Krone eine Massenversammlung veranstaltet, in der die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen gefordert wurde und der Generalstreik proklamiert wurde.

Wtb. Kopenhagen, 14 März Ritzau. Bei der heutigen Abstimmung in der zweiten schleswigschen Zone waren nach den bis 12 Uhr vorliegenden Resultaten aus 109 Kreisen 4979 Stimmen für Dänemark und 20 282 für Deutschland abgegeben worden.

Wtb. Paris, 14 März. Telegramme aus Amerika besagen daß die politischen Ereignisse in Berlin in den Vereinigten Staaten große Erregung verursacht haben.

WTB. Leipzig, 14. März In Leipzig ist heute der allgemeine Ausstand erklärt worden. Mittags kam es im Innern der Stadt zu Zusammenstößen zwischen Versammlungsteilnehmern des Zeitz Freiwilligenregiments, wobei es etwa 10 Tote und einige Schwerverwundete gab Die Straßenbahn hat den Verkehr eingestellt. Nachmittags und abends war es ruhig.

Lokales.

†† Ramslau, 15. März. (Schützengilde.) Unter Vorsitz des Schützenmeisters Herrn Heinelmann hielt die Schützengilde am 10. d. Mts. ihre satzungsgemäße Generalversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende die Erschienenen begrüßt hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten, indem zunächst Herr Kamerad Slanina in altbergebrachter Weise den Jahresbericht für 1919 erstattete. Die Gilde zählte am Jahresschlusse 91 Mitglieder, von welchen 56 dem grünen Korps, 30 dem schwarzen Korps angehören und 5 Ehrenmitglieder sind. Zur Erledigung der Vereinsgeschäfte fanden im vergangenen Jahr vier Vorstandssitzungen und drei Generalversammlungen statt. Zur größten Freude gereichte es der Gilde, daß sie nach vierjähriger Pause, bedingt durch den Krieg, das Königsschießen wieder abhalten konnte, woran die Bürgerschaft den regsten Anteil nahm. Am zweiten Tage fand im Stadtpark, dank dem liebenswürdigen Entgegenkommen des Herrn Landrats Dr. Sapper, das beliebte Schützenfrühstück statt, und der Nachmittag und der Abend galten den Schützenfrauen, die sich mit den Kameraden im Opitz'schen Saale zum Kaffee und Abendbrot versammelten; ein Tanzkränzchen beschloß das gemütliche Beisammensein. — Mit Dank gedenkt der Berichterstatter dann des ansehnlichen Legats, das Herr Beigeordneter Tietze gestiftet. — Den Kassenberichten zufolge, welche von den Herren Kameraden C. Grimm und Slanina über die Schützenkasse, Legatkasse, bezw. Sterbeunterstützungskasse erstattet wurden, ist der Stand sämtlicher Kassen ein recht günstiger. Bei der Revision der Kassen usw. hat sich nichts zu erinnern gefunden, weshalb den Rechnungslegern mit Dank für gehabte Mühewaltung Entlastung erteilt wurde. — Darauf vernahm die Versammlung den Schießbericht, dem zu entnehmen ist, daß im vergangenen Jahr 1003 Lagen mit 31214 Zirkel geschossen wurden und zwar: 163 Schützenlagen mit 5237 Zirkel, 477 Gastlagen mit 15843 Zirkel, 50 Königslagen mit 994 Zirkel, 46 Prämienlagen mit 1041 Zirkel, 11 Legatlagen mit 323 Zirkel und 226 Gastlagen am Königsschießen mit 7776 Zirkel. — Die drei besten Schützen waren im vergangenen Jahre die Herren Kameraden Tischeschlaky, Fabian und Bachmann. — Auch für diesen Bericht, der nicht wenig Mühe verursacht hat, stattete der Vorsitzende dem Herrn Slanina den besten Dank der Gilde ab. — Alsdann gelangten 20 Anteilscheine zur Auslosung, von denen 10 zu Gunsten der Legatkasse verfallen sind. — Ueber die abzuhaltenden diesjährigen Schießen soll in der nächsten Generalversammlung endgültiger Beschluß gefaßt werden.

Stadtverordneten-Sitzung.

In der am 28. Februar stattgefundenen Stadtverordneten-Versammlung wurde unter Leitung des Vorsitzenden Herrn Kricke über folgendes verhandelt:

Zunächst machte derselbe die Mitteilung, daß sich die beiden Turnvereine, der Radfahrerverein, der Sportclub „Preußen" und die Tennisvereinigung zu einem Ortsverband zu Leibesübungen zusammengeschlossen haben, um so auch an ihrem Teil an der körperlichen Kräftigung und sittlichen Erneuerung des deutschen Volkes mitzuhelfen. Sodann wurde von einer außerordentlichen Kassenrevision, die alles in Ordnung gefunden, Kenntnis genommen. Die Kommandantenwiese wurde dann Herrn Tartenya auf weitere 9 Jahre verpachtet und von dem Grundstück des Gasthausbesitzers Liebschwager ein Streifen zur Verbreiterung der Straße angekauft und die Hälfte der Kosten für Zurücksetzen des Zaunes übernommen. Eine Mitteilung von dem Bauvorhaben der Fa. Haselbach erregte großes Bedenken wegen der dortigen, ein Verkehrshindernis bildenden engen Straße und wurde beschlossen, dagegen Einspruch zu erheben! In einer späteren außerordentlichen Sitzung, der eine Lokalbesichtigung vorausging, wurde eine Kommission gewählt, die mit der Fa. Haselbach verhandeln sollte. Eine Grenzspende von 500 Mk. wie eine Gewährung von 300 Mk. als Beihilfe zu den Kosten für heimkehrende Krieger wurden bewilligt, ebenso die Erhöhung der Kosten für Gespanne zur Anfuhr von Materialien etc. Der Festsetzung des Preises für Grubenholz und der Ausbau eines Fünferofens in der Gasanstalt und der auf 17174 Mk. veranschlagten Kosten wurde zugestimmt. Der Mietsvertrag mit dem Grenzamt für das Drescher'sche Grundstück und die Anschaffung eines Satzes neuer Wagenräder für den Fäkalienwagen wurde genehmigt. Die bestehende Wohnungsnot macht es zur Notwendigkeit, zur Abwendung dieser weitere Schritte zu tun und wurde der Antrag des Magistrats weitere 10 Dierfamilienhäuser zu bauen, genehmigt. Mehrere Anträge auf Lohnerhöhung von Arbeitern und eine Entschädigung für Mehrarbeit fanden Zustimmung. Auf den Antrag eines neuangetretenen Bürogehilfen auf Gehaltserhöhung wurde die Hälfte der vom Magistrat festgesetzten Erhöhung bewilligt. Für die Dauer der Bauausführungen der Familienhäuser wurde die Einstellung eines technischen Hilfsarbeiters beschlossen und zum Schluß als dringlich der Voranschlag der Verwaltungskosten der städtischen Sparkasse auf 26000 Mk. festgesetzt.

— Ramslau, 15. März. Gestern nachmittag wurden von Fliegern aus ihren Maschinen Flugzettel folgenden Inhalts auf unsere Stadt herabgeworfen:

Der erste Tag der neuen Regierung.

Die alte Regierung einschl. des Reichspräsidenten ist geflohen. Die Truppen rückten mit klingendem Spiel ein und besetzten alle Regierungsgebäude ohne Widerstand. Der Tag ist ohne jedes Blutvergießen verlaufen, kein Schuß ist gefallen.

Es handelt sich um keine Reaktion, um keinen monarchistischen Putsch. Es gehen verleumderische Gerüchte um für Wiedereinführung der Wehrpflicht und neue Kriegsabsichten. Die Regierung will den Frieden nach außen wie nach innen. Besprechung mit der Arbeiterschaft über die neue Lage ist eingeleitet. Die Regierung will das Versprechen: Friede, Freiheit und Brot! aus einem hohlen Wort zur Tat machen.

Der Reichskanzler.

Schlesier!

Die bisherige Regierung ist an ihrer eigenen Unfähigkeit zusammengebrochen. Eine neue Regierung ist an ihre Stelle getreten. Sie hat kein anderes Ziel, als durch völlige Wiederherstellung der Ordnung, durch Hebung des Fleißes und schärfstes Einschreiten gegen jede Unehrlichkeit und jedes Schiebertum das Vaterland vor dem Abgrund zu retten, an den man es geführt hat.

Eine Wiederherstellung der Monarchie gegen den Willen des Volkes ist nicht beabsichtigt.

Die Nationalversammlung, deren Fortbestehen gegen die Verfassung verstößt, ist aufgelöst. Neuwahlen werden sobald als möglich erfolgen.

Die Unterzeichneten werden mit allen Mitteln die Ordnung aufrecht erhalten und fordern alle, die unser Vaterland lieben, auf, sie zu unterstützen.

Der Kommandierende General
Graf von Schmettow, Generalleutnant.

Der Oberpräsident
von Kessel.

Bekanntmachung.
Anordnung.

Unter dem Ausnahmezustand ist zu untersagen:

a) Das Anschlagen von Plakaten ohne Genehmigung des Militärbefehlshabers und des Regierungs-Kommissars.
b) Die Verbreitung von Gerüchten, die geeignet sind, die Ruhe und Ordnung zu stören.
c) Den Zeitungen Nachrichten über den Regierungswechsel und Regierungsmaßnahmen ohne Genehmigung des Militärbefehlshabers und des Regierungs-Kommissars zu bringen.

gez. Voigt, Regierungs-Kommissar.
v. Friedeburg, Militärbefehlshaber.

Aufruf.

Breslau, den 13. März 1920.

Schlesier!

Die bisherige Regierung ist an ihrer eigenen Unfähigkeit zusammengebrochen. Eine neue Regierung ist an ihre Stelle getreten. Sie hat kein anderes Ziel, als durch völlige Wiederherstellung der Ordnung, durch Hebung des Fleißes, ernstes Einschreiten gegen jede Unehrlichkeit und jedes Schiebertum das Vaterland vor dem Abgrund zu retten, an den man es geführt hat. Eine Wiederherstellung der Monarchie gegen den Willen des Volkes ist nicht beabsichtigt.

Die Nationalversammlung, deren Fortbestehen gegen die Verfassung verstößt, ist aufgelöst. Neuwahlen werden sobald als möglich erfolgen.

Die Unterzeichneten werden mit allen Mitteln die Ordnung aufrecht erhalten und fordern alle, die unser Vaterland lieben, auf, sie dabei zu unterstützen.

gez. v. Kessel. gez. Graf von Schmettow.

Breslau, 13. März 1920.

VI. Armeekorps.
Generalkommando
Befehlsstelle
Abt. Ic J.-Nr. 2951/20.

Anordnung.

Auf Grund der Verordnung über den Reichsausnahmezustand vom 13. 1. 20 verordne ich für den Regierungsbezirk Breslau, den Regierungsbezirk Liegnitz mit Ausnahme der Kreise Glogau, Freystadt, Grünberg und die nicht besetzten Kreise des Regierungsbezirks Oppeln, Falkenberg, Grottkau, Neiße und Neustadt:

1. Ich habe die vollziehende Gewalt in der Provinz Schlesien mit Ausnahme des Abstimmungsgebiets Oberschlesien und in der Hauptstadt Breslau auf Befehl der Regierung übernommen. Der Ausnahmezustand bleibt bestehen. Der heute in Breslau gebildete 15er-Ausschuß wird aufgelöst.
2. Alle Versammlungen sowohl in geschlossenen Räumen wie unter freiem Himmel, öffentliche wie nichtöffentliche, sind verboten.
3. Jedes Aufreizen oder jede Aufforderung zum Streik wird untersagt. Streikhetzer werden in Schutzhaft genommen.
4. Zeitungen, die durch ihre Artikel die Ruhe und Ordnung zu stören versuchen, aufreizend wirken oder zum Streik auffordern, werden sofort verboten.
5. Außer den bereits in der Verordnung vom 13. 1. 20 über den Reichsausnahmezustand im § 6 genannten lebenswichtigen Betrieben sind alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln sowie zur Erzeugung von künstlichem Dünger als lebenswichtige Betriebe anzusehen.

Der Militärbefehlshaber.
Graf von Schmettow,
Generalleutnant.

Namslau, den 12. März 1920.

Marmeladen-Verteilung.

Auf den Abschnitt 7 der weißen und roten Nährmittelkarte für bemittelte und minderbemittelte Brotkarteninhaber kommt Marmelade zur Verteilung und zwar entfällt auf jeden Abschnitt ½ Pfund. Der Preis für das Pfund beträgt 3,50 M. Die Verbraucher werden angewiesen, die Abschnitte bei den Kaufleuten und diese alsdann sofort dem Kreisausschuß einzureichen.

Der Landrat.
gez. Dr. Sayur.

Bekanntmachung.

Nachdem durch Beschluß der städtischen Körperschaften und unter Zustimmung der Polizei-Verwaltung für das Straßenkreuz an der Klosterstraße und Ecke der Straße nach Oels eine Straßen- und Baufluchtlinie festgesetzt worden ist, wird der bezügliche Plan zu Jedermanns Einsicht während der Dienststunden in unserm Geschäftszimmer vom Dienstag, den 16. d. Mts. ab offen ausliegen.

Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerken, daß etwaige Einwendungen gegen den Plan innerhalb einer Ausschlußfrist von vier Wochen bei uns anzubringen sind.

Namslau, den 15. März 1920.

Der Magistrat.

Namslau, den 12. März 1920.

Haferflocken-Verteilung.

Auf den Abschnitt 8 der weißen und roten Nährmittelkarte für bemittelte und minderbemittelte Brotkarteninhaber kommen Haferflocken zur Verteilung und zwar entfällt auf jeden Abschnitt ½ Pfund. Der Preis für das Pfund beträgt 0,92 M. Die Verbraucher werden angewiesen, die Abschnitte bei den Kaufleuten und diese alsdann sofort dem Kreisausschuß einzureichen.

Der Landrat.
gez. Dr. Sayur

Kohlenpreise.

Infolge der am 1. März inkraftgetretenen 100% Frachterhöhung wird der Kohlenpreis auf 12,30 M. pro Ctr. mit der Wirkung vom 15. 3. erhöht. Die Kohleneingänge in den letzten 14 Tagen waren außerordentlich gering, sodaß die gesamten Bestände fast aufgebraucht sind. Die noch am Lager befindlichen Restmengen in Höhe von 1000—1200 Ctr. werden zu verbilligtem Preise an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben.

Namslau, den 12. März 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
gez. Sayur, Landrat.

Damen-Riege
Männer-Turn-Verein (Alter Verein 68).

Am nächsten Turnabend — **Mittwoch, den 18. März, 8 Uhr abends** — wird um vollzähliges Erscheinen aller aktiver und inaktiver Mitglieder dringend gebeten.

Sanft und gottergeben verschied am 12. d. Mts. meine liebe, herzensgute Tochter, unsere liebe Schwester, Schwägerin, Nichte und Tante

Charlotte Sperling

im 17. Lebensjahre.

Im Namen aller tieftrauernden Hinterbliebenen

Namslau, im März 1920

Georg Sperling.

Beerdigung heut nachm. ½3 Uhr vom Trauerhause Langestr. 5, aus.

Jagdverpachtung.

Die Jagdnutzung der Gemeinde Gülchen, eine halbe Stunde von der Bahnstation Mangschütz, über 400 ha groß, soll auf 3 Jahre meistbietend vom 1. April ab verpachtet werden. Wildbestand aller Gattungen reichlich vorhanden, angrenzend an Domänen, Staats- und Privatforsten. Bedingungen können beim Unterzeichneten eingesehen, auch sind Abschriften gegen Zahlung von 10 Mk. per Nachnahme erhältlich.

Termin am 29. März, vorm. 11 Uhr im Gasthause.

Becker, Jagdvorsteher,
Gülchen, Kr. Namslau.

Lehmdrahtbauten, D. R. P.

Alleiniger Lizenzberechtigter
für den Kreis Namslau
Hofmaurermst. Fritz Türke, Bernstadt.

Soeben erschienen!

Das Betriebsrätegesetz

nebst Erklärungen.

Preis 1,50 Mark.

Zu haben in der

O. Opitz'schen Buchhandlung.

Krankenkassen- An- u. Abmeldebogen
O. Opitz'sche Buchdruckerei.

Namslauer Lichtspiele
Grimms Hotel.

Mittwoch, den 17. März 1920, abends 8 Uhr.

Heldin der Liebe.

Drama in 5 Akten.

Personen: Dr. Victor Horst . . . Carlo Wieth
Marlene . . . . . Clara Wieth.

Die Jugend tobt.

Lustspiel in 2 Akten.

Jg., tücht. selbstständ. Bäckergeselle
sucht sofort Stellung. Landbäckerei bevorzugt. Nachrichten erbeten unter **M. 200** an die Exp. d. Bl.

Ein junger Mann
für die Buchhalterei
und 1 Lehrling
gesucht.

S. Bielschowsky,
Bank- u. Kohlengeschäft.

Christl. Vergißmeinnicht, Klass. Vergißmeinnicht, Spitta, Psalter und Harfe, Gerok, Blumen u. Sterne, Schubert, Knospen u. Blüten und andere Konfirmations- und Kommunions-Geschenkbücher und Bilder empfiehlt

Buchhandlung O. Opitz.

Gut erhaltenen, schwarzen

Konfirmanden-Anzug

verkauft

Schelenz, Krickau.

Hühneraugen

Hornhaut, Ballen u. Warzen beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit

Kukirol. In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Preis M. 2,00. Allein echt:

Oscar Tietze.

Holzsohlen

mit Schnallen und Nieten zu Sandalen empfiehlt

J. Eckert.

Hühneraugen!

Hornhaut etc. beseitigt dauernd

Ria-Balsam,

tausendfach bewährt! Viele Nachbestellungen! Preis M. 5.— frko. Nur zu beziehen durch

Hofapotheke Hechingen Hohenz.

Ferkel

zu verkaufen.

Eine Zuchtsau

gegen ein **Schlachtschwein** einzutauschen gesucht.

Altmann, Glausche.

Eine

gute Milchziege

steht zum Verkauf. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Scharf. Wachhund

zu verkaufen. Preis 750 Mk. Der Hund ist Abstammung von dtsch. Schäferhund u. 10 Monate alt. Wo, sagt die Expedition.

Suche für meine Schwester eine

gute Schlafstelle

ev. mit Mittagskost.

Gertrud Schwarz,
Modistin,
Mühlgasse 1.

Lehrling,

Sohn achtbarer Eltern, mit guter Schulbildung per sofort event. 1. April gesucht.

Kaufhaus **W. Glaser.**

Ehrliches, braves

Dienstmädchen

sucht per 1. April

Frau Kantor **Arnold.**

Zuverläss. bescheidenes

ält. Mädchen

zum 1. Mai sucht

Frau E. Gollasch,
Opitz'sche Buchdruckerei.

Ein schulentlassenes

Kindermädchen

kann sich melden bei

Frau **Math. Sonnek,**
Strehlitz

Suche zum 1. April ein ord., fleißiges

Mädchen.

Lüdtke, Gastwirt, Lorzendorf.

Jüngeres

Dienstmädchen.

wird für bald oder zum 1. April gesucht.

Richard Weber,
Gastwirt.

Zwei junge Leute suchen zum 1. 4. ein oder je ein

möbl. Zimmer

evtl. mit Pension. Angebote an Rohde, Wilhelmstr. 1, erbeten.

Die Darre für Nadelholzsamen in Seidorf i. Riesengeb. steht unter Aufsicht der Forststelle der Landwirtschaftskammer.